

Pensionsreform und Diskursmacht

Daniel Franz Unterweger

Wohlfahrtsstaaten unterlagen in der nahen Vergangenheit oft einer grundlegenden Transformation. Angestrebt wurden solche Veränderungen – meist mit Sozialstaatsrückbau verbunden - auch in der näheren Vergangenheit, beispielsweise in Deutschland durch die Agenda 2010 oder in Österreich während der schwarz-blauen „Wenderegierung“. In Deutschland wurde durch diese Phase der rot-grünen Koalition insbesondere im Pensionssystem (Rentensystem) ein Paradigmenwechsel vorangetrieben: Weg vom bismarckschen, staatlichen System mit Umlageverfahren hin zu einem Mehrsäulensystem mit stärkeren privaten Elementen und Kapitaldeckung.

Die Forschung im Bereich der Sozialpolitik kennt vielerlei verschiedene Erklärungen für die Möglichkeit eines solchen Wandels, seien es beispielsweise Vetopunkte und Vetospieler, funktionalistische Theorien, Theorien der Pfadabhängigkeit oder Theorien von wandelnden politischen sowie gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Dieser Artikel verfolgt einen vergleichsweise neuen Ansatz. Es wird argumentiert, dass die weitreichende Umgestaltung des Pensionssystems in Deutschland unter anderem auf die hohe Diskurs- und Deutungsmacht der jeweiligen Akteure, welche sich für eine derartige Reform einsetzten, bedingt wurde. Überprüft werden soll diese Hypothese mittels einer vergleichend Diskursanalyse der öffentlichen Medienberichterstattung über die Pensionsreformen während der rot-grünen Koalition in Deutschland sowie der schwarz-blauen Koalition in Österreich. Dabei werden Zeitungsartikel aus Boulevard und Qualitätsmedien aus beiden Ländern während der jeweilig relevanten Perioden untersucht. Die Fallauswahl basiert dabei auf der Vergleichbarkeit beider Länder: Beide zählen zu den sogenannten konservativen oder korporatistischen Wohlfahrtsstaaten, besitzen beide ein ursprünglich bismarcksches Pensionssystem mit staatlichen Umlageverfahren und eher unbedeutenden privaten Ergänzungsmöglichkeiten und waren einer ähnlichen demographischen Alterung ausgesetzt. In beiden Ländern erlangte um die Jahrtausendwende eine neue Regierung die Mehrheit, welche in beiden Ländern im Pensionssystem grundsätzlich eine Stärkung der Eigenverantwortung (Privatisierung) gegenüber der staatlichen Vorsorge befürwortete. Die schlussendlich resultierenden Reformen unterscheiden sich aber drastisch. Während in Deutschland ein Paradigmenwechsel hin zu Privatisierung und Kapitaldeckung stattfand (mit langfristig schwerwiegenden Folgen für Ungleichheit und Altersarmut, siehe zB. Meyer 2015), wurde in Österreich nur kurzfristig

innerhalb des bestehenden Systems gekürzt – private Elemente wurden nur zögerlich umgesetzt.

Meine Hypothese, welche diese genannten Reformen unter anderem als Produkt der unterschiedlichen Diskursmacht der jeweiligen Akteure sieht, basiert auf theoretischen Beiträgen von Béland (2005) und Schmidt (2002, 2005, 2008), welche die Notwendigkeit, Reformen innerhalb eines passenden Deutungsrahmens zu präsentieren, hervorheben. Durch sogenanntes „framing“ – der Beeinflussung des öffentlichen Diskurses mittels solcher Deutungsrahmen“ – wird dabei die öffentliche Meinung und Wahrnehmung gegenüber der neuen Politik (der privaten Pensionsvorsorge) auf kognitiver als auch normativer Ebene beeinflusst. Dementsprechend wird die jeweilige Politik nicht nur als objektiv absolut nötig, sondern auch subjektiv als richtig beziehungsweise gerecht dargestellt beziehungsweise umgedeutet. Mein Artikel (welcher auf meiner Masterarbeit aufgebaut sein wird) untersucht, in wieweit dies in Deutschland und Österreich gelungen ist.

Referenzen

Béland, Daniel (2005): Ideas and Social Policy. An Institutional Perspective. In: *Social Policy & Administration*, 39/1, 1-18.

Meyer, Traute (2015): Die dritte Säule in der Alterssicherung – brauchen wir eine Neubewertung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise? Deutschland im europäischen Vergleich. In: *Sozialer Fortschritt*, 64/8, 189-195.

Schmidt, Vivien A. (2002): Does Discourse Matter in the Politics of Welfare State Adjustment? In: *Comparative Political Studies*, 35/2, 168-193.

Schmidt, Vivien A. (2005): The Role of Public Discourse in European Social Democratic Reform Projects. In: *European Integration online Papers (EIoP)*, 9/8.

<http://eiop.or.at/eiop/texte/2005-008a.htm>

Schmidt, Vivien A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: *Annual Review of Political Science*, 11/1, 303-326.